

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- (A) Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen werden. Sind Sie einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 a und b auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Umwelt und Gesundheit**

– zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen**

**Umwelt und Gesundheit**

**Risiken richtig einschätzen**

– zu dem **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen**

**Umwelt und Gesundheit**

**Risiken richtig einschätzen**

– zu dem Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss) gemäß § 56 a der Geschäftsordnung

(B)

**Technikfolgenabschätzung**

**hier: „Umwelt und Gesundheit“**

– Drucksachen 14/2767, 14/2300, 14/2771 (neu), 14/2848, 14/3712 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Jutta Müller (Völklingen)

Vera Lengsfeld

Dr. Reinhard Loske

Birgit Homburger

Eva Bulling-Schröter

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Winfried Wolf, Kersten Naumann, Dr. Ruth Fuchs und der Fraktion der PDS

**Verhinderung erneuter Gewässerverunreinigungen durch das Totalherbizid Diuron**

– Drucksache 14/4710 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst die Staatssekretärin Gila Altmann. (C)

**Gila Altmann**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Die heutige Debatte hat gezeigt, dass Umwelt und Gesundheit immer dann ein Topthema sind, wenn es zu so dramatischen Ereignissen wie der BSE-Krise kommt. Sie sind aber in der Regel Folge einer lang andauernden Fehlentwicklung, bei der in Abwägung der unterschiedlichen Interessen der Vorsorgeaspekt im Spannungsfeld mit anderen Interessen oder mit dem wirtschaftlichen Druck das Nachsehen hatte.

Abseits von solchen Ereignissen ist in den letzten ein- einhalb Jahren das Thema „Umwelt und Gesundheit“ von der Bundesregierung mehrfach in die öffentliche Diskussion gebracht worden: durch das Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen, durch den Bericht „Umwelt und Gesundheit“ des Büros für Technikfolgenabschätzung und durch das gemeinsam vom Gesundheits- und Umweltministerium vorgelegte Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“.

Denn auch und gerade vor dem Hintergrund, dass im direkt sichtbaren Bereich vieles besser geworden ist, muss man feststellen, dass die Probleme insgesamt fortbestehen, dass neue Probleme hinzugekommen sind, dass die **Wirkungszusammenhänge** komplexer und damit auch die Problemlösungen komplizierter geworden sind.

Ein Beispiel ist die Belastung in der Umgebung von Bleihütten. Sie ist derart verändert worden, dass augenfällige Auswirkungen wie Bleiränder an den Zahnhälsen von Kindern, die in dieser Umgebung gelebt haben, Gott sei Dank der Vergangenheit angehören. Aber die Belastung der Böden ist geblieben. Wenn man sich einmal anschaut, dass unser Sensibilisierungsgrad bei Lärm, bei Luft und beim Wasser mittlerweile sehr hoch ist, so gilt das für den Schutz des Bodens leider noch nicht. (D)

Abgesehen davon, dass wir täglich 120 Hektar Fläche versiegeln – das entspricht 120 Fußballfeldern –, wird der Boden mit Gülle, Düngemitteln und Pestiziden sowie den Immissionen und Emissionen der Industrie belastet. Ein gesunder Boden verliert so nicht nur die Filterfunktion für das Grundwasser; belastete Böden schädigen auch die Lebensmittel und belastete Lebensmittel sind mitverantwortlich für viele Krankheiten wie zum Beispiel Allergien oder Neurodermitis.

Deshalb sind Altlastensanierung und Bodenschutz, die Umsetzung der Biozidrichtlinie und eine neue Chemikalienpolitik im Rahmen der EU – man muss leider feststellen, dass die Bewertung von Altchemikalien viel zu schleppend vor sich geht – ganz wichtige Punkte, die zeitnah abgearbeitet werden müssen.

Aber es geht auch um **Zukunftspolitik**. Es geht um Kinder. Sie sind von Umweltbelastungen besonders betroffen. Dadurch, dass sie sich im Wachstum befinden, werden sie durch schädigende Umwelteinflüsse in ihrer physischen, psychischen und sozialen Entwicklung besonders behindert. Wir wissen, dass die Stoffwechselum-

**Parl. Staatssekretärin Gila Altmann**

- (A) sätze von Kindern gegenüber Erwachsenen deutlich erhöht sind. Kinder nehmen, bezogen auf ihre Körpergröße, deutlich mehr Nahrung und Flüssigkeit auf und atmen ein deutlich höheres Luftvolumen ein als Erwachsene. Das heißt: Was Hänschen an Belastungen aufnimmt, wird Hans nicht mehr los.

Bei der Umsetzung des gemeinsamen Aktionsprogramms „Umwelt und Gesundheit“, bei dem es eine beispielhafte Zusammenarbeit der beiden Ressorts Umwelt und Gesundheit gibt, spielen Kinder deshalb eine zentrale Rolle. Ich sage aber auch gleich dazu: Das kann nur ein Anfang sein; denn dieses Thema muss zu einer Querschnittsaufgabe aller Ressorts werden.

Ein Ergebnis der gemeinsamen Aktivitäten in diesem Jahr ist deshalb, dass es neben zahlreichen Workshops und Studien ein großes Forum „Kinder, Gesundheit und Umwelt“ geben wird.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt ansprechen: die **Forschung**. Auch hier gibt es großen Nachholbedarf. In der Vergangenheit hatte der Bereich Umwelt und Gesundheit nicht den Stellenwert, der ihm eigentlich zukäme und den er hätte haben müssen. Das zeigt sich nicht nur bei BSE, sondern auch beim Einsatz neuer Technologien, ganz besonders im Bereich der Kommunikationstechnologien. Das Wissen über Auswirkungen von Elektromagnetismus im Bereich von Sendetürmen und bei der Benutzung von Handys wird gerade erst erworben.

- (B) Es geht darum, die Instrumente und Strategien zur Bewertung von Umweltrisiken zu verbessern und klar definierte, objektivierbare Grundlagen zu schaffen. Verunsicherung und Angst sind da schlechte Ratgeber. Diese Instrumente und Strategien sind ein wesentlicher Aspekt einer vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitspolitik. Aber dafür brauchen wir auch gesellschaftlichen Konsens, denn Entscheidungen, die ausgehend von entsprechenden Ergebnissen getroffen werden, werden nicht ohne Konflikte umzusetzen sein. Für all dieses hat die Bundesregierung eine Risikokommission eingerichtet, die die Information und Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Vernetzung von staatlichen Stellen entsprechend fördern soll.

Als Letztes möchte ich noch ein Wort über die **Kosten** verlieren. Sie spielen in der bisherigen Beschlusslage keine zentrale Rolle, aber man muss klarstellen, dass vorsorgender Gesundheitsschutz nicht umsonst zu haben sein wird. Klar ist auch: Vorsorge ist billiger als Nachsorge. Das heißt, im Vergleich zu den gesamtgesellschaftlichen Kosten einer Katastrophe müsste für eine vorausschauende Vorsorgepolitik erfahrungsgemäß nur ein Bruchteil dieser Kosten aufgewendet werden. Auch diese Lehre sollte aus der derzeitigen BSE-Krise gezogen werden.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt die Kollegin Vera Lengsfeld.

**Vera Lengsfeld** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! (C) Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es bedeutet immer wieder eine Belastung, der Frau Staatssekretärin zuhören zu müssen, wenn sie ihre Berichte abliest.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind auf Ihre freie Rede gespannt! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Los! Zettel weg!)

Wenn wir heute aber über Umwelt und Gesundheit diskutieren, werden wir uns nicht der Erkenntnis verschließen, dass sich im Augenblick der wohl ungesündeste Arbeitsplatz in Deutschland an der Spitze des Gesundheitsministeriums befindet. Ich meine damit nicht nur den Fall der glücklosen Frau Fischer, die ihr Ressort nie in den Griff bekam,

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht ablesen! – Gegenruf von der CDU/CSU: Sehr kollegial!)

sondern vor allem die Grünen selber, die sie schließlich gefeuert haben, weil ihnen klar wurde, dass die Misere der missglückten Gesundheitsreform ihre Wahlchancen gefährdete.

Während sich die Grünen in den Verbraucherschutz zu retten versuchen, worauf wir noch zurückkommen werden, darf den Schleudersitz des ungeliebtesten Ministeriums in Schröders Chaos-Kabinett wiederum eine Frau einnehmen. Sie ist allerdings heute nicht da, ansonsten hätte ich ihr gerne gratuliert, aber offensichtlich scheint sich ihre Freude in Grenzen zu halten und sie es eher als Strafe zu empfinden, dass sie diesen Posten einnehmen muss. Ich möchte nur sagen, dass die blöden Pressespekulationen über ihre aushilfsweise Tätigkeit als Barfrau, die ihren Amtsantritt begleiteten, nicht einem gesunden Informationsbedürfnis entsprechen, sondern eher einem krankhaften Verlangen nach Auflagensteigerung um jeden Preis entspringen. Genossen, jetzt könnt ihr einmal klatschen, ich habe nämlich eure Ministerin in Schutz genommen! (D)

(Ilse Janz [SPD]: Ziemlich mieses Niveau, Ihre Rede!)

Mich interessieren jedenfalls weniger Frau Schmidts Fähigkeiten, alkoholische Mixturen zuzubereiten, als ihre Qualifikation für ihr neues Amt.

Man muss leider feststellen, dass unser Staatschef wohl den Überblick verloren und Frau Schmidt einen Rücktritt zu früh befördert hat. Sie war ja wohl als Ersatz für Herrn Riester vorgesehen. Aber da ist nun einiges durcheinander gekommen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tratsch, Tratsch!)

Klare Entscheidungen kann man von Herrn Schröder im Augenblick, wo er nur noch mit Notrettingsmanövern für seine auseinander fallende Crew beschäftigt ist, offensichtlich nicht erwarten. Uns wurde zwar auf diese Weise ein Verbraucherministerium beschert, aber die grundlegende Frage, wer die Verbraucher eigentlich vor den

## Vera Lengsfeld

- (A) Folgen der schröderschen Politik schützt, ist damit nicht beantwortet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Um es an unserem Thema festzumachen: Noch nie waren die Menschen so gesund wie heute und noch nie haben sie so lange gelebt. Noch nie haben die Menschen über eine so gesunde und sichere Nahrung wie heute verfügt. Daran ändert auch die BSE-Krise nichts.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da freuen die sich riesig!)

Laut Auskunft des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages gab es im Jahr 2000 übrigens keinen einzigen Fall des **Creutzfeldt-Jakob-Syndroms** in Deutschland. In Großbritannien gab es innerhalb von zehn Jahren 89 Fälle. Bei keinem einzigen konnte eine direkte Verbindung zu der Rinderkrankheit nachgewiesen werden. Aber statt wie sein Vorbild Tony Blair demonstrativ Rindfleisch essen zu gehen,

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht könne Sie das ja tun!)

verfällt unser Kanzler der BSE-Hysterie und kündigt den Feldzug gegen die industrielle Landwirtschaft an. Damit gefährdet er die Gesundheit seines Volkes mehr, als es ein BSE-infiziertes Rind je könnte. Denn die Tatsache, dass wir heute über ausreichend gesunde und sichere Lebensmittel verfügen, ist der **industriellen Landwirtschaft** zu verdanken. Moderne Tierhaltung, die Großproduktion von Pflanzen, Plastikversiegelung, Dosen und Tiefkühltruhen mögen uns zwar von den Lebensmitteln entfremden, für unsere Gesundheit sind sie aber ein Segen.

(B)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Vormoderne Formen der Tierhaltung waren keineswegs humaner. Naturbelassene, unbehandelte Nahrungsmittel sind, wie manche Frischkornbreianhänger am eigenen Leibe schmerzhaft erfahren mussten, keineswegs gesünder als moderne Lebensmittel.

Aber die moderne Lebensmittelproduktion ist nicht nur gut für die Gesundheit, sie ist auch ein nicht zu unterschätzender Beitrag für die Umwelt. Intensive Anbaumethoden, mit denen auf immer weniger Fläche immer mehr Menschen ernährt werden können, geben der Natur Gelegenheit, verlorene Räume zurückzuerobern, und bedrohten Arten die Chance, zu überleben.

Es ist auch nicht wahr, dass Großproduktion an sich unökologisch sei. Im Gegenteil. Sie kann sehr viel umwelt- und ressourcenschonender betrieben werden als manche der idealisierten Kleinproduktionen.

Wir haben das in diesem Hause heute schon besprochen: Wir wissen noch nichts über BSE. Aber sicher ist, dass BSE nichts mit der Technologieentwicklung zu tun hat, sondern mit missbräuchlichen Praktiken und mangelnden Kontrollen. Anstatt jedoch das Problem ernst zu nehmen, die Ursachen zu suchen und abzustellen, wird eine vom Kanzler maßgeblich unterstützte hysterische Diskussion geführt. Dieses Mal kommt die schon über-

wunden geglaubte Industriekritik im Mäntelchen des Verbraucherschutzes daher. Wir sind aber kein Land von 82 Millionen unschuldigen Verbrauchern, die das Opfer von Wirtschaftsinteressen sind. Vielmehr hat die permanente Nachfrage nach billigen Produkten ohne Wenn und Aber zu einem erheblichen Preisdruck auf die Produzenten geführt. Zu den schwierigsten Aufgaben der Verbraucherpolitik wird es gehören, klar zu machen, dass die Verbraucher auch ihre Eigenverantwortung wahrnehmen müssen. Wie keine andere Gesellschaft zuvor ist die marktwirtschaftliche Gesellschaft Ausdruck des freien Willens aller. Noch nie hat eine Gesellschaft so vielen Menschen eine Chance eröffnet und ein Leben in Wohlstand ermöglicht wie die **Marktwirtschaft**. Trotzdem werden immer wieder Misstrauen und Angst gegen sie geschürt. Vorhin wurde ja von der ganz linken Seite bezeichnenderweise der Vorwurf erhoben, auch die Biobauern würden sich den marktwirtschaftlichen Kriterien unterwerfen. Das ist offensichtlich das Schlimmste, was Ihnen zu Biobauern einfällt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist auch immer wieder behauptet worden, dass BSE nur auftreten könne, weil die freien Kräfte des Marktes ungebündelt wirken dürften. Aber BSE ist im planwirtschaftlich regulierten europäischen Landwirtschaftsgebiet und nicht in den USA aufgetreten, wo sich die Marktkräfte viel freier entfalten können.

Um Missverständnissen gleich vorzubeugen: Damit will ich nicht sagen, dass BSE in den USA nicht auftreten könnte, sondern nur klar machen, dass, um ein bekanntes Sprichwort abzuwandeln, die Industriegesellschaft nicht mit BSE durchs Dorf getrieben werden soll.

(D)

Es ist auch verfehlt, immer wieder das Künstliche zu beklagen und dem Natürlichen gegenüberzustellen. In der Geschichte hat sich das Künstliche immer wieder als die Rettung des Natürlichen erwiesen. Nur die Erfindung der Dampfmaschine und die dadurch mögliche Förderung von Kohle aus großen Tiefen haben die vollständige Abholzung der Wälder in Mitteleuropa verhindert.

(Lachen des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heute sind die Wälder in Europa und anderswo – trotz gegenteiliger Prognosen – wieder auf dem Vormarsch. Darüber sollten sich die Grünen freuen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vielleicht ist Ihr Lachen, Herr Trittin, ein Ausdruck der Freude. Ich gönne Ihnen diese Freude von ganzem Herzen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre ganze Rede ist ein Quell der Freude! – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

– Es tut mir Leid, ich habe Ihren Zwischenruf nicht verstanden. Deswegen kann ich nicht darauf eingehen.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen: Nur Kunstfasern können die pestizidintensive und damit umwelt- und ge-

**Vera Lengsfeld**

- (A) sundheitsgefährdende Produktion der Naturfaser Baumwolle ersetzen.

In der Diskussion um die Gefahren der **Chemie** wird immer wieder vergessen, dass es vor allen Dingen der Chemie zu verdanken ist, dass die Natur gerettet und die Gesundheit der Menschen erhalten werden kann. Ich will Ihnen dazu ein weiteres Beispiel nennen: Naturmedizin ist heute das mit Abstand größte Artenschutzproblem für seltene Pflanzen und Tiere. Nur wenn es gelingt, die Naturmedizin gleichwertig zu ersetzen, werden viele Arten gerettet werden können. Es ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der weiteren Entwicklung, künstlichen Ersatz für natürliche Rohstoffe zu finden, um die Natur nicht weiter zu verbrauchen bzw. ihr die Gelegenheit zu geben, sich zu regenerieren. Das nutzt unserer Gesundheit und auch der Umwelt.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei der **Biotechnologie** zu. Die Biotechnologie bedient sich – beispielsweise bei der Pflanzenzucht – viel intelligenter der Methoden der Natur als herkömmliche Verfahren. Denn durch Biotechnologie wird das Künstliche natürlich. Um den Soziologen verständlich zu bleiben, könnte man auch sagen, dass die Biotechnik einen Weg aus der viel beklagten Entfremdung von Mensch und Natur bietet.

Ob Frau Künast diese Herausforderung produktiv aufnimmt und als Ministerin innovativ gestaltend wirken wird, bleibt abzuwarten. Das große Verdienst der Grünen ist es gewesen, dass sie auf Umweltprobleme aufmerksam gemacht und sie in das öffentliche Bewusstsein gerückt haben. Heute stehen sie der Lösung dieser Probleme allerdings eher im Wege und üben sich in zweifelhaften Mätzchen. Beispielsweise verspricht Herr Trittin in seiner Ökosteuerkampagne der verdutzten Bevölkerung mehr Sex.

- (B)

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können wir einmal etwas zum Thema erfahren?)

Man darf rätseln, ob er das tut, um in der nächsten Runde von einer Vergnügungssteuer sprechen zu dürfen, oder ob er das tut, weil ihm auf den endlosen Sitzungen der K-Gruppen in seiner Jugend sämtliche Lust abhanden gekommen ist.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da wären Sie gerne dabei gewesen!)

– Ist das ein Angebot, Herr Minister? Seien Sie vorsichtig! Vielleicht komme ich noch darauf zurück.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Weil wir gerade so heiter sind, möchte ich zum Schluss erwähnen, dass die baden-württembergischen Grünen noch eins draufsetzen. Sie versprechen nämlich auf ihrem Wahlplakat: Grüne – wie soll ich es höflich umschreiben? – machen's besser. Ich würde den Baden-Württembergern trotz allem dringend davon abraten, das in einem Feldversuch auszuprobieren;

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

denn die Potenzprobleme der grünen Partei sind ja doch evident. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Jutta Müller.

**Jutta Müller** (Völklingen) (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin einigermaßen verwirrt und habe mich die ganze Zeit gefragt, ob ich oder Sie zu einem falschen Tagesordnungspunkt reden.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Nicht nur Sie!)

Ich möchte daher zunächst den Besuchern auf der Tribüne sagen, was das Thema dieser Debatte ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Es geht beispielsweise um ein Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen zur Verbesserung der umweltbezogenen Gesundheitsbeobachtung und um das Informationsmanagement in unterschiedlichen Bereichen. Es geht ferner um einen Bericht zur Technikfolgenabschätzung.

(Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Das wissen wir doch! Das haben wir alles nachgelesen!)

– Ich bezweifle, dass Sie das nachgelesen haben; denn sonst hätten Sie nicht einen solchen Unsinn erzählen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Ich muss doch keine Inhaltsangabe machen! Ich führe eine politische Debatte!) (D)

Diese Punkte haben wir schon im Ausschuss diskutiert. Meine Fraktion hat mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt und mit Wissenschaftlern und mit Betroffenen, aber auch – ich denke, das ist ganz wichtig – mit Patienteninitiativen gesprochen. Wir haben festgestellt, dass es hier einen enorm hohen Informationsbedarf gibt. Genau dieser breite **gesellschaftliche Diskurs** wird von dem Ausschuss, der sich mit der Technikfolgenabschätzung befasst, angeregt.

Dieser Bericht, der sich weniger mit den Umweltbelastungen und den daraus entstehenden Krankheiten beschäftigt – das ist in einer Vorstudie gemacht worden –, geht mehr auf die Bewertungskontroversen und Präventionsansätze bei Handlungsoptionen ein. In Bezug auf die Gefährdungspotenziale bestimmter Stoffe und deren Wirkung auf den menschlichen Organismus sowie auf verschiedene Krankheitstypen und deren Ursachen herrscht in dem Sondergutachten des Sachverständigenrates Übereinstimmung. Ebenso wird auf eine große Diskrepanz zwischen der Expertenmeinung und dem Laienverständnis hingewiesen, die das Handeln im Bereich Umwelt und Gesundheit für uns nicht immer leicht macht. Ein Informationssystem mit klaren Zuständigkeiten, starker Vernetzung und hoher Transparenz ist ebenso notwendig wie der von mir schon erwähnte Diskurs unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen.

**Jutta Müller (Völklingen)**

- (A) Ich möchte ein kleines Beispiel nennen. Wir haben in Deutschland mehrere umweltmedizinische Ambulanzen. Bei diesen ist festgestellt worden, dass bei 40 bis 80 Prozent der Patienten, die dort behandelt wurden, Umweltursachen nicht nachgewiesen, aber auch nicht ausgeschlossen werden konnten. Man kann das auch darauf zurückführen, dass unterschiedliche Erhebungs- und Anamneseschemata zur Entstehung unvergleichbarer Daten führen.

Die **Präventionsansätze** bilden im TA-Bericht einen besonderen Schwerpunkt. Die Gesundheitspolitik der vergangenen Regierung war in erster Linie auf die Ausgestaltung und Finanzierung der medizinischen Versorgung gerichtet. Die Prävention soll zukünftig eine größere Berücksichtigung finden.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Wodarg  
[SPD])

Dabei sollte man nicht nur in dem engen Rahmen der medizinischen Prävention bleiben, die die Vermeidung von Krankheiten oder von Krankheitsverschlechterungen zum Ziel hat; auch die Gesundheitsförderung sollte meines Erachtens mehr Gewicht erhalten.

Ich meine, dass wir uns hier auch – die Frau Staatssekretärin hat es schon angesprochen – über Finanzierungsmethoden unterhalten müssen. Es sind Vorschläge gemacht worden, beispielsweise die Fondslösung oder die Erweiterung der Möglichkeiten der Beteiligung von Krankenkassen an der Gemeinschaftsaufgabe zur Schaffung einer Gesundheitsförderung. Damit wird die Gesundheitsförderung in Zukunft vielleicht sogar ein Stück weit billiger werden.

- (B) Die intersektorale Zusammenarbeit auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene soll festere Informations- und Organisationsstrukturen erhalten, um sektorübergreifende Politikansätze im Bereich Umwelt und Gesundheit nachhaltig zu fördern.

Der TA-Bericht betont allerdings auch einen hohen Forschungsbedarf nicht nur im Bereich der Umweltbelastungen und der daraus resultierenden Krankheitsbilder, sondern auch hinsichtlich der Wege der Kommunikation und der Präventionsansätze, die zu einer Erhöhung der Gesundheit in der Bevölkerung beitragen können.

Das **Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“** der Bundesregierung hat viele in dem Sondergutachten und dem TA-Bericht angesprochenen Punkte bereits integriert: die systematische Erfassung umweltbedingter gesundheitsschädigender Faktoren, die Bewertung auf der Grundlage neuer Erkenntnisse und die Ableitung entsprechender zielorientierter Maßnahmen. Das Vorsorgeprinzip – das ist das Neue an rot-grüner Umwelt- und Gesundheitspolitik – wird dabei als Grundprinzip der Umwelt- und Gesundheitspolitik herausgestellt. Damit wird zugleich eine entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, dass Gesundheit für alle möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten im vergangenen Jahr nach der Diskussion im Ausschuss zwei unterschiedliche Entschließungs-

anträge. Ihr Antrag, Frau Lengsfeld, war gar nicht so schlecht und wir waren uns im Grundsatz – das haben wir im Ausschuss diskutiert – eigentlich einig; in weiten Teilen herrschte Übereinstimmung. Ich hatte damals nur gesagt, mir greife der Antrag der CDU/CSU etwas zu kurz; es fehlten einige Punkte. Wir haben zum Beispiel schon damals bemängelt, dass Sie in Ihrem Antrag den ganzen Bereich Lebensmittelsicherheit, Futtermittelsicherheit und Produktsicherheit bei der Ernährung ausgeklammert haben. Wie wir jetzt an der aktuellen Debatte, die sich sicherlich niemand von uns in diesem Ausmaß gewünscht hat, sehen, war das ein Fehler. In unserem Antrag war dieser Bereich enthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Marita  
Sehn [F.D.P.]: Sie hätten etwas tun können!)

– Sie waren 16 Jahre an der Regierung und haben nichts getan! Deshalb sollten Sie etwas vorsichtig mit solchen Zwischenrufen sein. Die F.D.P. war sogar noch viel länger an der Regierung.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/  
CSU]: Sie haben vor 16 Jahren schon BSE ge-  
kannt?)

Wir haben ein Sofortprogramm mit zwölf Punkten vorgeschlagen, das Aufgaben benennt, die sofort und umfassend umgesetzt werden sollen. Ihren Antrag finde ich grundsätzlich nicht schlecht. Aber in ihm fehlt eine ganze Reihe von Punkten. Es wäre schön gewesen, wenn wir es geschafft hätten, uns auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen.

(D)

Ich war vor kurzem auf einer Konferenz hier in Berlin, auf der es um die **Innenraumluftqualität** ging. Ich denke, das ist ein Punkt, dem wir in Zukunft sehr viel mehr Aufmerksamkeit widmen sollten. Ich habe mit dort anwesenden Experten gesprochen. Bei mir verfestigt sich die Erkenntnis, dass es nicht länger hinnehmbar ist, dass Grenzwerte sich immer an erwachsenen, gesunden Männern orientieren. Das sollten wir jetzt anpacken. Wenn Grenzwerte festgelegt werden, haben wir besonders auf gefährdete und schutzbedürftige Gruppen – alte Menschen oder auch Kinder – zu achten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass Kinder stärker betroffen sind, ist ganz klar. Dazu werde ich nichts mehr sagen. Das hat die Frau Staatssekretärin hier ausführlich dargestellt.

(Dr. Dieter Thomae [F.D.P.]: Aber man  
könnte noch ergänzen!)

Wir werden mit unserem Forum „Kinder, Umwelt und Gesundheit“ dies noch aufnehmen.

Bei der Umsetzung des Aktionsprogramms „Umwelt und Gesundheit“ wird zurzeit auch ein Prüfverfahren zur Ermittlung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen in die Innenraumluft entwickelt. Damit wird erstmalig in Deutschland ein Verfahren zur Prüfung der Emissionen von Produkten als Grundlage für die Vergabe einer unabhängigen Kennzeichnung eingeführt.

**Jutta Müller (Völklingen)**

- (A) Der Ausschuss zur gesundheitlichen Bewertung von Bauprodukten wird zudem ein Konzept erarbeiten, welches die Kategorisierung von VOC-Emissionen aus Bauprodukten im Zusammenhang mit ihrer Wirkung auf die Gesundheit ermöglicht.

Neben einer Vielzahl von Maßnahmen, die bereits von BMU und BMG umgesetzt werden – Frau Altmann ist darauf eingegangen –, werden wir neue Organisationsstrukturen, was die Risikobewertung angeht, einführen. Mit der berühmten **Kommission** aus 22 Experten werden wir den Dialog von Wissenschaft, Behörden, Wirtschaft, Umwelt- und Verbraucherverbänden organisieren können. Das ist, denke ich, ein ganz elementarer Baustein einer neuen Umwelt- und Gesundheitspolitik.

In unserem Antrag und im Aktionsprogramm der Bundesregierung haben wir ein anspruchsvolles und verantwortungsvolles Arbeitsprogramm zur Verbesserung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes vorgelegt, das wir im Interesse der Menschen zügig umsetzen wollen.

Frau Lengsfeld, Sie haben eben gesagt, wir würden Marktwirtschaft verteufeln. Das ist natürlich Blödsinn; das macht kein Mensch. Wir haben aber manchmal durchaus schwierige Diskussionen mit der Industrie zu führen, denen wir uns stellen müssen. Es ist ganz klar, dass es dabei oftmals unterschiedliche Interessen gibt. Die Industrie sagt uns: Ihr dürft uns nicht behindern. Ihr dürft keine Verbote setzen. – Wir werden im Ausschuss über Diuron reden; die PDS hat heute einen Antrag dazu vorgelegt. Auch dazu sagt die Industrie: Wir stehen im Wettbewerb. Diuron dürft ihr nicht verbieten.

- (B) Ich erinnere mich an eine Dokumentation über das **Indien** des 21. Jahrhunderts, die vor kurzem im Fernsehen lief und über die ich entsetzt war. Sie begann mit der heilen Computerwelt und den tollen Arbeitsplätzen. Dann fuhr der Berichterstatter weiter in den Norden Indiens, in den so genannten goldenen Korridor. Dort hat man chemische Industrie angesiedelt. Diese chemische Industrie arbeitet fast ausschließlich für europäische Industrieunternehmen und stellt Vorprodukte her. Weil diese europäischen Industrieunternehmen die Preise so stark drücken, dass die indischen Betriebe gar keine Gewinne mehr erzielen könnten, wenn sie ihre Abwässer behandelten oder Maßnahmen zur Luftreinhaltung ergriffen, wird all das dort nicht mehr getan. Links und rechts neben den Fabriken liegen Felder, deren Grundwasser verseucht wird.

Ich will mit diesem Beispiel sagen: Wenn unsere Industrie auf den globalen Wettbewerb hinweist, dann müssen wir auch über solche Dinge diskutieren. Globalisierung hat nicht nur etwas mit Geld, sondern auch etwas mit verantwortungsvollem Handeln zu tun.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Marita Sehn.

**Marita Sehn (F.D.P.):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick scheint es eine

triviale Selbstverständlichkeit zu sein. Denn eine Grundsatzdebatte zum Thema Umwelt und Gesundheit müsste eigentlich überflüssig sein. Jeder vernünftige Mensch wird zustimmen. Natürlich geht es bei der Umweltpolitik auch darum, alles zu tun, was der menschlichen Gesundheit förderlich ist, und alles zu unterlassen, was ihr schadet. (C)

Das Ziel der **Umweltpolitik**, wie es auch von der Weltgesundheitsorganisation beschrieben wurde, ist also verbindlich: Der Zustand der natürlichen Umwelt und der Umgang mit den Ressourcen müssen so gestaltet werden, dass hierdurch zumindest keine Krankheiten entstehen. – Über diesen Punkt sind wir uns wohl alle einig.

(Beifall bei der F.D.P.)

Tatsächlich hat die Umweltpolitik vergangener Legislaturperioden viel erreicht. Schutzvorschriften für den Umgang mit gefährlichen Chemikalien sowie Maßnahmen zum Gewässerschutz, zum Klimaschutz und zur Luftreinhaltung sind nur wenige Stichworte.

(Dr. Dieter Thomae [F.D.P.]: Das war bei der alten Bundesregierung!)

– Ja, lieber Dieter Thomae, so ist es. – Alles war und ist genau diesem Ziel, dem der menschlichen Gesundheit, verpflichtet. Es fehlt also nicht an gutem Willen.

Auch aktuelle Krisen ändern nichts daran, dass ein Blick auf vergangene Legislaturperioden gerade auch im Hinblick auf die Umweltpolitik viele Erfolge erkennen lässt. Zu Recht wird dies in den Anträgen, über die wir heute diskutieren, überwiegend erwähnt. (D)

Ohne Zweifel: Die wissenschaftliche **Forschung** muss in diesem Bereich noch verstärkt werden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht darum, gesundheitliche Gefahren im Umweltbereich besser zu verstehen, sie früher zu erkennen und darüber zu informieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zur Vorbeugung gegen Krankheit oder gar Epidemien müssen Risiken rechtzeitig erkannt und bewertet, geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen und eingetretener Schaden begrenzt werden. Dazu gehören auch der Aufbau von Informations- und Kommunikationsnetzen sowie die breite Veröffentlichung fundierter Ergebnisse der Wissenschaft.

Die F.D.P. hat sich stets eindeutig und mit Engagement zu einer Ausweitung der Forschungsaktivitäten im Hinblick auf eine Risikoabschätzung und Risikobewertung im Umweltbereich bekannt und dies nachdrücklich gefordert.

(Beifall bei der F.D.P.)

Insoweit teilen wir die Einschätzungen, wie sie auch im Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgetragen werden.

Wir teilen jedoch nicht die vorbehaltlose Herausstellung des **Vorsorgeprinzips** als Grundprinzip für

Marita Sehn

- (A) Umwelt- und Gesundheitspolitik, wie Rot-Grün dies fordert. Gerade unter dem Eindruck aktueller Bedrohungen ist Hysterie der denkbar schlechteste Ratgeber.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wenn Sie das Prinzip der Vorsicht überhöhen, dann werden Sie das Prinzip individueller Verantwortlichkeit aushöhlen.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Aber  
Vorsorge ist doch Verantwortung!)

Dies werden wir Liberale standhaft verweigern.

Die F.D.P. lehnt den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab. Der Grund dafür ist der leichtfertige und unter dem Eindruck aktueller Krisen verführerische, dennoch populistische Umgang mit dem Vorsorgeprinzip. Als alles überwölbende Richtlinie der Politik, Herr Müller, ist das Vorsorgeprinzip nämlich zu unbestimmt.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]:  
Wieso denn das?)

Grundvoraussetzung für eine sachgemäße Anwendung des Vorsorgeprinzips ist immer ein fundiertes Wissen. Erst ein solches ermöglicht überhaupt eine Vorsorge, die diesen Namen verdient. Eine angebliche Vorsorge ohne das notwendige Wissen ist bestenfalls blinder Aktionismus

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

- (B) und schlimmstenfalls eine unnötige Verunsicherung der Menschen. Ich möchte hier an die letzten Wochen erinnern.

(Dr. Dieter Thomae [F.D.P.]:  
Da hat sie Recht!)

Ein leichtfertig gebrauchtes Vorsichtsprinzip ist ein breites Einfallstor für staatlichen Dirigismus und Paternalismus. Das Vorsorgeprinzip wird den Staat in Versuchung führen, den Bürgern Wissen vorzugaukeln, welches er nicht hat.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Dabei ist die Wirkung auf die Öffentlichkeit unkalkulierbar: Politisch festgelegte Vorsichtswerte enthalten immer eine Sicherheitsreserve. Diese kann im Einzelfall erheblich überschritten werden, ohne dass tatsächlich eine akute Gefahr besteht. Umgekehrt kann das Einhalten staatlicher Vorsichtswerte Unbedenklichkeit dort vorspiegeln, wo tatsächlich erhebliche Gefahren lauern. Das Vorsorgeprinzip kann auch schnell zu einem staatlichen Bevormundungsprinzip werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die F.D.P. fordert, neben einer berechtigten Vorsorge

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Was ist  
denn eine unberechtigte Vorsorge?)

vor allem die **Aufklärung der Bürger** zu einem Schwerpunkt der Politik zu machen. Nur ein Bürger, der umfassend um die Risiken weiß, kann selbstständig und ei-

genverantwortlich handeln. Das Vorgaukeln falscher Sicherheiten durch den Staat führt die Bürger in die geistige Unmündigkeit. Dies wird eine liberale Partei niemals zulassen. (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Vergessen werden darf auch nicht, dass die **Bewertung von Risiken** durch die Bürger oft eine andere ist als die Bewertung derselben Risiken durch Wissenschaft und Politik. Risiken werden also umso geringer eingeschätzt, je freiwilliger sie eingegangen werden – man denke an das Rauchen oder an Unfallrisiken bei dem Ausüben gefährlicher Sportarten.

Diese Tendenz lässt sich auch bei so manchem Politiker beobachten. So wird das Verprügeln von Polizisten und das Werfen mit Steinen – das konnten wir gestern bei Joschka Fischer erleben – auf der einen Seite zum Kampf um die Freiheit hochstilisiert, während man auf der anderen Seite natürlich jeden Einsatz von Gewalt scharf verurteilt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die Gesellschaft als Ganzes tendiert aber zum Nullrisiko. Jedes denkbare Lebensrisiko soll gänzlich und am besten durch den Staat ausgeschlossen werden. Die Vorstellung im Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, es möge eine politisch-gesellschaftliche Diskussion darüber geführt werden, welche Risiken die Gesellschaft bereit ist zu tragen, ist deshalb bestenfalls eine Illusion, schlimmstenfalls eine zynische Veralberung der Bürger. (D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Die F.D.P. begrüßt, dass das Problemfeld von Umwelt und Gesundheit in den vergangenen Jahren, unter anderem durch die hier vorliegenden Gutachten, frühzeitig und unabhängig von aktuellen politischen Problemen ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt wurde. Trotz aktueller Krisen mahnen wir zu Besonnenheit. Information und Transparenz sind das Gebot der Stunde für den Bereich Umwelt und Gesundheit. Sie sind die Voraussetzung dafür, dem Bürger eine eigenständige Entscheidung zu ermöglichen – was besser ist als jede staatliche Bevormundung,

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

nicht zuletzt auch mit Blick auf den Verbraucherschutz. Einen Vormundschaftsstaat mit Rundumbetreuung der Bürger wird es mit den Liberalen aber nicht geben,

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abg.  
Vera Lengsfeld [CDU/CSU])

auch dann nicht, wenn sich der Vormundschaftsstaat anmaßend als Gesundheitsschützer kostümiert.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Eva Bulling-Schröter.

- (A) **Eva Bulling-Schröter** (PDS): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich die Rede von Frau Lengsfeld von der CDU gehört habe, war ich baff: Die Menschen werden immer älter, immer gesünder – alles toll! Vor allem genetisch veränderte Lebensmittel sind echt super. In Ihrem Entschließungsantrag dagegen heißt es:

Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Allergien werden in ihrem Ausmaß in Öffentlichkeit und Politik in der Regel eher unterschätzt.

Ich würde vorschlagen, Sie einigen sich auf eine Position. In der Öffentlichkeit schaut es nicht gut aus, wenn es derart verschiedene Stellungnahmen gibt. Ich jedenfalls war sehr verwirrt.

(Beifall bei der PDS)

Aber jetzt zu unserem Antrag. In unserem Antrag geht es um das Bestreben der Bahn AG, die Wiederzulassung des Totalherbizids **Diuron** zu erreichen. Dies halten wir für unverantwortlich. Denn Diuron zählt zu den Phenylharnstoffverbindungen, die im menschlichen Organismus zu Stoffen mit Krebs erregender Wirkung umgewandelt werden können. Zudem sind sie toxisch für Kleinstlebewesen im Wasser.

Die Bahn war bis zum Verbot des Mittels 1997 größter Anwender von Diuron. Es wurde vor allem als Unkrautvernichtungsmittel in Gleisanlagen eingesetzt. Immer häufiger wurde das giftige Totalherbizid in Brunnen unweit von **Gleisanlagen** und **Bahnhöfen** nachgewiesen. Die Unkrautvernichtungspraxis der Bahn brachte damit die unschädliche Versorgung der Bevölkerung mit unbedenklichem Wasser in Gefahr. Es wurden Diuronfunde im oberflächennahen Grundwasser mit Überschreitungen des Grenzwertes von 0,1 Mikrogramm pro Liter um das 40- bis 60fache festgestellt.

- (B) Diese Fakten haben, auch infolge massiver Proteste seitens der Umweltbewegung, bereits 1996 zur Einstellung der Anwendung von Diuron durch die DB AG geführt. Die Herstellerfirma, Bayer AG, hat das Gift zeitweilig vom Markt genommen; die Anwendung wurde schließlich verboten. Der Bundestag hatte sich seinerzeit mehrfach mit dem Thema beschäftigt. Die SPD wird sich dunkel daran erinnern; schließlich hat sie 1996, seinerzeit in der Opposition, einen mit unserem heutigen Antrag dem Sinn nach fast gleich lautenden Antrag gestellt, welchem die Grünen damals zustimmten.

An der durch das Gift hervorgerufenen Gefährdungslage hat sich seitdem wohl nichts geändert. Dieser Ansicht sind auch Wasserversorger wie beispielsweise die Gelsenwasser AG. In einer Pressemitteilung vom 25. Oktober letzten Jahres hat sie sich klar gegen die Wiederzulassung und den Einsatz von Diuron ausgesprochen. Begründet wurde dies mit der humantoxischen Eigenschaft und den enormen Aufwendungen der Wasserwerke für die Entfernung des Giftes aus dem Grundwasser. Die hohe Bedenklichkeit von Diuron für Umwelt und Verbraucher bestätigte im Übrigen auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Sondergutachten „Flächendeckend wirksamer Grundwasserschutz“ von 1998.

(C) Die Bahn weiß natürlich ganz genau, dass ihre Argumentation, es gebe keine Alternativen zur chemischen Keule, Unsinn ist. Sowohl in der **Schweiz** als auch in **Österreich** werden die Gleise nicht mit Diuron behandelt. Mechanische Maßnahmen wie das Anpflanzen von Gräsern, die das Unkrautwachstum verhindern oder bremsen, sowie die Behandlung mit Dampf sind Beispiele alternativer Unkrautvernichtung. Eine Behandlung mit weniger toxischen Pestiziden, die nur auf die oberirdischen Teile der Pflanzen einwirken und in geringen Mengen ausgebracht werden können, wäre zwar ebenfalls denkbar, halte ich aber auch für eine schlechte Lösung.

Doch bei der DB AG steht gegenwärtig das Zeichen auf Schrumpfbahn; sie will sparen. Wenn man diese Pestizide einsetzt, kann man Personal einsparen. Dies geschieht natürlich auf Kosten der Umwelt. Die Rosskur zulasten von Umwelt und Gesundheit rechnet sich besser.

Wir fordern deshalb in unserem Antrag die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die entsprechenden Bundesanstalten und Institute sowie das Umweltbundesamt eine Wiederverwendung der Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Diuron untersagen. Darüber hinaus sollen ähnliche Totalherbizide, die über Abschwemmungen die Gewässer belasten, für Kleinanwender und die Anwendung auf nicht landwirtschaftlich genutzten Freiflächen verboten werden.

(D) Im Übrigen hat Umweltminister Schnappauf aus Bayern, CSU, diese Forderung auch schon gestellt. Dazu gab es vorige Woche eine Presseerklärung. Die Kollegen nicken, das heißt, wir könnten hier im Bundestag gemeinsame Sache hinsichtlich des **Verbots von Pestiziden** machen. Das wäre eine tolle Sache.

(Beifall bei der PDS – Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Das möchte die PDS gerne!)

Darauf, der tatsächlichen Vorsorge im Verbraucherschutz mehr Beachtung zu schenken, sollten wir uns in diesem Hause auch angesichts der BSE-Krise wohl einigen können. Die Vorsorge gehört wirklich dazu. Sie wurde von meiner Vorrednerin klein geredet; ich denke aber, das ist eine ganz wichtige Sache.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Nein! – Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Nein, sie hat die individuelle Verantwortung betont!)

Ein Verbot dürfte wohl nicht übermäßig schwer fallen; denn die jetzige Regierung bräuchte nur bei ihrer Position aus der letzten Legislaturperiode zu Diuron und die damalige Regierung bei ihrem seinerzeit vollzogenen Anwendungsverbot zu bleiben.

Danke.

(Beifall bei der PDS – Marita Sehn [F.D.P.]: Das war keine gute Rede!)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt die Kollegin Uli Höfken.

**Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und

## Ulrike Höfken

- (A) Kollegen! Auch ich habe aus der Debatte einen sehr widersprüchlichen Eindruck gewonnen. Dies bezieht sich sowohl auf den Redebeitrag von Frau Lengsfeld als auch auf den von Frau Sehn. Bei Frau Lengsfeld hatte man den Eindruck, als sei die Frage umweltbedingter Krankheiten eine Erfindung einiger spinnerter Grüner.

(Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Das habe ich nicht gesagt, Frau Höfken!)

Aber blind Fortschrittsgläubige oder Technokraten werden immer erst im Krisenfall nachdenklich. Auf Frau Lengsfeld allerdings trifft offensichtlich nicht einmal dies zu.

Der damals übrigens sehr umstrittenen Aussage von Andrea Fischer in der letzten Bundestagsdebatte zu diesem Thema – das war im Frühjahr 2000 – würde heute wahrscheinlich jeder in diesem Hause zustimmen. Damals sagte sie:

Es besteht inzwischen auch weitgehend Konsens darüber, dass die heutige Form der Lebensmittelproduktion im Hinblick auf Umwelt und Gesundheit Anlass zur Sorge bereitet. Eines unserer Ziele ist daher, ein integriertes Konzept zur Verbesserung der Lebensmittelqualität und -sicherheit zu entwickeln, das auch eine verstärkte Förderung des ökologischen Landbaus zum Inhalt haben sollte.

Von Ihnen viel kritisiert.

- (B) Nicht nur BSE, sondern auch viele andere Beispiele zeigen, dass Erkenntnisse über gesundheitsgefährdende Umweltfaktoren oft erst dann ernst genommen werden, wenn bereits Gesundheitsschäden entstanden sind. Deshalb muss für die Politik der Vorsorgeaspekt in Zukunft stärker in den Vordergrund gestellt werden.

Ich kann Ihre Ausführungen zu diesem Punkt, Frau Sehn, nicht nachvollziehen. Sie sehen **Vorsorge** als staatliche Bevormundung. Ich meine, dies kann nur ein Plädoyer dafür sein, dass wieder einmal alles so bleibt, wie es ist.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Nein! – Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Ich möchte noch einmal an die Asbestproblematik erinnern. Es hat ewig und drei Tage gedauert, bis Asbest vom Markt genommen wurde. Heute laborieren wir noch immer an den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden durch diese Nichtwahrnehmung von Vorsorge herum.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich denke, das ist doch auch im Sinne der Wirtschaftlichkeit eines ganzen Landes kontraproduktiv, sodass man eine solche Argumentation nicht ernsthaft betreiben kann.

Gleiches betrifft das Holzschutzmittel Lindan und DDT. In diesem Zusammenhang sind auch die antibiotischen Leistungsförderer zu nennen. Was haben wir im Gesundheitssystem aufgrund von Zulassungen solcher Produkte für Probleme! Es ist doch klar: Bei den komple-

xen Systemen, die wir im Bereich der Chemie und der Lebensmittelproduktion haben, werden wir niemals sagen können: Die Wissenschaft hat sich hier eindeutig festgelegt. – Es wird immer einen Abwägungsprozess geben. Es ist unser Ansinnen, mit dem Antrag „Umwelt und Gesundheit“ aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und andere Bewertungsweisen, die vorausschauend wirken und damit kostensparender sind, künftig in Angriff zu nehmen. Das ist unser Anliegen und der zentrale Punkt dieser Initiative.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nachsorge ist letztlich immer teurer als Vorsorge. Wir müssen deshalb von einer kurzfristigen und nachsorgenden Krisenbewältigungspolitik wegkommen. Was wir brauchen, sind langfristig tragfähige und vorsorgende Konzepte für eine gesunde Umwelt, die nicht krank macht.

Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen haben daher einen Antrag mit konkreten Vorschlägen eingebracht, der das Programm „Umwelt und Gesundheit“ vom Umwelt- und vom Gesundheitsministerium und vom der Bundesregierung unterstützt und auf einen Ausbau drängt. Die Eckpunkte unseres Antrages sind schon erwähnt worden; Frau Müller hat sie ausführlich dargestellt.

Ich will nur kurz sagen: Die Sammlung und Bewertung aller fachlichen Informationen sowie die Schaffung fundierter fachlicher Grundlagen für umweltbedingte Krankheiten ist schon in Angriff genommen. Aber man muss sehen, dass ein solches Projekt erstmalig ins Leben gerufen wird. Wir haben noch keine Daten. Das zeigt, wie weit wir im Grunde zurückliegen. Es ist eine große Aufgabe, ein **Umwelt-Gesundheits-Surveillance-System** überhaupt erst einmal aufzubauen.

Der nächste Punkt ist die Überprüfung und Verbesserung bestehender **Verfahren der Risikobewertung und Standardsetzung**. Es ist auch von Frau Müller erwähnt worden, dass Kinder, schwangere Frauen, ältere und kranke Menschen bislang völlig unzureichend in die Bewertung einbezogen werden. Wir haben jetzt in Frankfurt und auch in Rheinland-Pfalz das Problem des US-Housing. Es gibt bestimmte Belastungen aus Wohngiften, die die Menschen heute genauso wie vor vielen Jahren betreffen. Es gibt bis heute kein Standardverfahren zur Bewertung der gesundheitlichen Schäden; das wird Pi mal Daumen gemacht. In Frankfurt gibt es ein städtisches Amt, das einen Versuch in die richtige Richtung macht. Aber es gibt keine gesicherten Grundlagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiterhin geht es um die Verbesserung von Diagnose und Therapie in der **Umweltmedizin**. Das heißt, mehr Forschungsmittel sollen für die Charakterisierung umweltassoziierter Krankheiten und Symptomenkomplexe, die wie MCS schwer zu erfassen sind, ausgegeben werden. Ein Frühwarnsystem soll rechtzeitig auf Gesundheitsgefahren durch Umwelteinflüsse hinweisen. Vorsorgeaspekten muss Vorrang eingeräumt werden. Das bedeutet die Umsetzung konkreter vorbeugender Maßnahmen in der Umwelt- und Gesundheitspolitik.

**Ulrike Höfken**

- (A) In der Lebensmittelproduktion wird das konsequent angegangen. Ich bin froh, dass wir uns der Konkretisierung von Maßnahmen stark annähern. Aber auch in anderen Themenbereichen sind Maßnahmen nötig. Das betrifft Außenluft und Klima, Innenluft und Bauprodukte, Wasserressourcen und Böden, Kleidung und Textilien, Autolärm, Fluglärm, Discolärm – ich rede von Hörschäden, die bei Jugendlichen auftreten –, Stoffe, Zubereitungen und Produktionsprozesse, wie bei den hormonartigen Stoffen, ionisierte und nicht ionisierte Strahlen.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Was ist mit dem Rauchen?)

– Das Rauchen will ich um Gottes Willen gar nicht ausschließen. Das habe ich unter Tabak und Lebensmittel gefasst.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Gesundheit von **Kindern**. Wir müssen dafür sorgen, dass sie nicht die Kranken von morgen sind. Dabei sind sie durch Umwelteinflüsse stärker gefährdet und belastet als Erwachsene. Ich bin mir sicher, dass sich dieser Aufgabe alle Fraktionen des Bundestages stellen werden. Ich hoffe, dass wir in Fragen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes künftig mit einer breiten Mehrheit zusammenarbeiten können.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

- (B) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Bernward Müller.

**Bernward Müller** (Jena) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor fast einem Jahr hob die damalige Gesundheitsministerin Frau Fischer gleich zu Beginn der Debatte zum Thema Umwelt und Gesundheit die Wichtigkeit einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit hervor. Leider – darin muss ich Ihnen, Frau Staatssekretärin, widersprechen – haben wir im vergangenen Jahr von dieser Zusammenarbeit nichts bemerkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Im Gegenteil, eines hat die BSE-Problematik deutlich gemacht: Von einer Zusammenarbeit und Abstimmung der Ministerien in Sachen Verbraucherschutz kann weiß Gott keine Rede sein. Eine Abstimmung ist aber dringend notwendig, um die anstehenden Probleme im Bereich Umwelt und Gesundheit zu lösen.

(Dr. Dieter Thomae [F.D.P.]: In der Tat!)

Lassen Sie mich etwas zum **Arbeitstempo** dieser Regierung anmerken. Frau Fischer sprach sich am 24. Februar 2000 dafür aus, in Kürze eine Ad-hoc-Kommission aus hochrangigen Experten einzusetzen, die sich mit bestehenden Verfahren der Risikobewertung auseinandersetzen sollte. Die Kommission wurde per Ministererlass am 6. Oktober konstituiert. Eine erste fachliche Sitzung fand im Dezember letzten Jahres statt – mehr als zehn Monate nach der vollmundigen Ankündigung der damaligen

Frau Ministerin. Das also bedeutet „ad hoc“ oder „in Kürze“. Aber diese besondere rot-grüne Zeitrechnung ist uns spätestens seit dem „sofortigen Atomausstieg“ bekannt. (C)

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: 30 Jahre!)

Diese so genannte Risikokommission – sie soll sage und schreibe viermal jährlich tagen – existiert nun tatsächlich. Aber einmal ganz ehrlich: Hat jemand von Ihnen davon schon einmal Notiz genommen?

Jetzt sind wir bei einem anderen Punkt: Frau Müller – Sie haben es hier sowie bei einer früheren Debatte im Ausschuss angesprochen –, Sie haben damals ein aktives **Informationsmanagement** gefordert. Ich frage mich auch hier: Wo bleibt die Umsetzung? Sie hatten unseren Antrag mit der Begründung abgelehnt, es fehle der gesellschaftliche Dialog. Ich will Ihnen sagen: Wir brauchen ein kommunikatives Beiwerk dieser Art in unserem Antrag nicht; denn für uns sind Transparenz und Information selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wir müssen nicht erst mit Worten Worte ankündigen, wie Sie das bei Ihrer Politik in schöner Regelmäßigkeit tun. Wir sind mit den Menschen im Dialog, ob Ihnen das passt oder nicht. Ich habe den Eindruck, Sie fühlen sich in einer medienwirksamen populistischen Ankündigungspolitik wohl. Werden Sie aber zum Handeln gezwungen, produzieren Sie unkoordinierte Schnellschüsse oder bewegen sich im Schnecken tempo.

Das Gutachten des **Rates der Sachverständigen für Umweltfragen** ist eine ausgezeichnete Grundlage für unsere politische Arbeit. Den Gutachtern gilt mein Dank für die wertvollen Informationen. Insbesondere die Ausführungen über die Gefährdungspotenziale von Allergien, Lärmeinwirkungen, endokrinen Stoffen und ultravioletten Strahlen verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Ich habe den Eindruck, dass die derzeitige BSE-Debatte diese Risiken überschattet und eine notwendige handlungsorientierte Diskussion darüber erstickt. (D)

Um einmal die Dimension deutlich zu machen: Wir wissen noch zu wenig über die Folgen von BSE für die menschliche Gesundheit, um fundiert abwägen zu können. Sicher ist aber, dass sich immerhin 70 Prozent der deutschen Bevölkerung durch Straßenverkehrslärm beeinträchtigt fühlen und etwa ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung unter allergischen Symptomen leidet. Es ist höchste Zeit, eine überlegte und auf rationalen Kriterien beruhende Umweltpolitik anzugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Gestatten Sie mir ein paar mit Rücksicht auf meine Redezeit kurze Ausführungen zum Thema **Allergien**. Die Zahl der allergischen Erkrankungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen und der Höhepunkt ist noch nicht erreicht. Auch wenn belegt ist, dass Allergien eine genetische Bedingung haben können, sind Wechselbeziehungen zwischen Allergien und Umwelteinflüssen unbestritten. In den Jahren nach der Wiedervereinigung hat sich die Allergiehäufigkeit in den neuen Bundesländern der in den

**Bernward Müller (Jena)**

- (A) alten Bundesländern angeglichen. Bislang ist die Ursache für diese Entwicklung noch ungeklärt.

Obwohl die allergenen Eigenschaften bestimmter Stoffe mittlerweile gut belegt sind, bestehen noch erhebliche Lücken bei den Erkenntnissen über die Wirkungsmechanismen und die Dosis-Wirkung-Beziehungen. Hier gibt es noch erheblichen Forschungsbedarf, zum Beispiel auch im Hinblick auf die Immunisierung von Kleinkindern gegen Allergien. Mit Blick auf die Schwere allergischer Erkrankungen und die wachsende Zahl von Allergikern besteht dringender Handlungsbedarf bei den Maßnahmen zur Vorsorge. Ziel der Maßnahmen muss es sein, erstens die Erkennung, Kennzeichnung und Minimierung Allergie auslösender Umweltfaktoren zu befördern, zweitens dem Anwachsen der Risikopopulation Allergiker entgegenzuwirken und drittens das Fortschreiten bzw. die Chronifizierung der Erkrankungen zu verhindern.

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Sie sind als Sachwalter einer neuen ökologischen Politik angetreten. Sie haben Ihren Wählerinnen und Wählern versprochen, alles besser als die frühere CDU geführte Bundesregierung zu machen. Doch was machen Sie wirklich? – Man kann sagen: Viel Lärm um nichts!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Marita Sehn [F.D.P.]: Viel Rauch, wenig Feuer!)

- (B) Dort, wo Sie handeln könnten, lenken Sie mit Alibiveranstaltungen von Ihrer Untätigkeit ab. Was haben Sie bislang Konkretes erreicht? Frau Müller, ich beziehe mich auf das, was Sie vorhin zum Aktionsprogramm gesagt haben. Ein Aktionsprogramm in die Welt zu setzen kann doch nicht alles sein, zumal es, wie mein Kollege Dr. Klaus Lippold schon letztes Jahr anhand einer Synopse nachgewiesen hat, von Frau Dr. Merkel mehr oder weniger abgeschrieben ist. Nein, stattdessen schädigen Sie mit Ihrer Art, Politik zu betreiben, sogar die Menschen, die auf Sie gebaut haben. Ich erinnere nur an die Pseudokrapp-Debatte, die Sie anheizten, als Sie noch nicht gegen Kernkraftwerke waren.

(V o r s i t z: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Kaum hatten Sie mit der Atomenergie ein gutes Thema gefunden, um die Ängste der Menschen für Ihre Politik zu mobilisieren, war aus Ihren Reihen keine Stimme mehr dazu zu hören. Ich sage Ihnen: Sie betreiben Stimmenfang und verwechseln dies mit einer modernen Politik. Kehren Sie zu einer vernünftigen Umweltpolitik um!

Wir sollten bei der ganzen Diskussion aber nicht vergessen, dass Deutschland über ein hohes **Schutzniveau** verfügt. Die Koalition wirft uns zwar immer Untätigkeit vor. Aber eines ist offensichtlich: Noch heute profitieren wir von den Ergebnissen der Umweltpolitik der früheren Bundesregierung unter Dr. Helmut Kohl.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Die Belastung der Bevölkerung ist erheblich verringert worden, wenn man sich die Schadstoffkonzentrationen anschaut. Die Konzentrationen von Kohlenmonoxid,

Schwefeldioxid, Benzol, Schwermetallen wie Blei und Giften wie Quecksilber und Arsen sind deutlich – um über 70 Prozent – gesenkt worden. Das ist ein großer Fortschritt. Ich frage Sie: Was haben Sie außer den unsäglichen Debatten über Ökosteuer und Atomausstieg vorzuweisen? (C)

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Nichts!)

Wir brauchen eine Politik, die weder verharmlost noch hysterische Ängste erzeugt. Wenn wir die im Sondergutachten angesprochenen Probleme lösen wollen, müssen wir eine überlegte, auf rationalen Kriterien beruhende Umwelt- und Gesundheitspolitik betreiben. Dazu dient unser Antrag. Ich fordere Sie auf, dies gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion zu realisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Als nächster Redner hat der Kollege Michael Müller von der SPD-Fraktion das Wort.

**Michael Müller (Düsseldorf) (SPD):** Frau Sehn, ich möchte – direkt auf Sie eingehen. Sie, die F.D.P., hatten einmal einen Innenminister in Ihren Reihen, der nicht zu Unrecht als Vorreiter beim Umweltschutz dargestellt wird, nämlich Herrn Baum. Der wichtigste Satz in fast jeder Rede von Herrn Baum war: Wir brauchen einen vorsorgenden Umweltschutz. – Was ist eigentlich schlechte oder gute, was ist eigentlich berechnete oder unberechnete **Vorsorge**? Das ist mir nicht klar. Was sind denn dafür Ihre Kriterien? Ich sage Ihnen: Zwischen der Umweltpolitik und der Gesundheitspolitik gibt es viele Parallelen. Aus der Umweltpolitik wissen wir, dass Reparatur, also Nachsorge, viel teurer als vorsorgender Schutz ist. Genau dasselbe gilt für die Gesundheitspolitik. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen mir einmal erklären, was an Vorsorge so falsch ist. Mir ist das nicht klar.

Damit zwischen uns keine Missverständnisse entstehen: Mit solchen Fragen wird immer Schindluder getrieben. Aber wenn Schindluder getrieben wird, dann hat das meistens ein Vorspiel. Die BSE-Geschichte macht das deutlich. Über lange Zeit sind bestimmte Gefahren verharmlost worden. Dann kam ein Bruch und die Vertrauenskrise war umso tiefer. Dass dann zum Teil nicht ganz rationale Reaktionen entstanden sind, ist verständlich. Aber das Problem war nicht die Reaktion, sondern die Vorgeschichte.

Bei der Gesundheitspolitik ist es ähnlich: Es gibt seit Jahren zunehmend Warnungen, dass sich die Krankheitsbilder verschieben und dass insbesondere umwelttoxikologische Einflüsse eine erhebliche Rolle spielen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Herr Kollege Müller, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Sehn?

(A) **Michael Müller** (Düsseldorf) (SPD): Ja bitte, klar.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Bitte schön, Frau Sehn.

**Marita Sehn** (F.D.P.): Ich möchte Sie nach etwas aus dem Bereich der Gesundheitspolitik fragen. Wir wissen relativ viel darüber, was das **Rauchen** anrichten kann. Da Sie so großen Wert auf eine vorsorgende Gesundheitspolitik legen, möchte ich Sie fragen: Wollen Sie das Rauchen verbieten?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

**Michael Müller** (Düsseldorf) (SPD): Sie haben eine unglaubliche Fähigkeit, mit Schwarz-Weiß-Kategorien zu argumentieren. Um es deutlich zu sagen: Ich habe in meinem Leben noch nie geraucht; insofern treffen Sie mich nicht und sprechen mit mir an diesem Punkt den Falschen an. Ich habe ein einziges Mal eine Zigarette im Mund gehabt, um als 14-Jähriger in einen Film ab 16 zu kommen. Das war das einzige Mal überhaupt, dass ich geraucht habe.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Roland Claus [PDS]: Das wird die Union zu 32 Fragen animieren!)

– Es ist wahr, nach der gestrigen Debatte muss man mit solchen Aussagen vorsichtig sein. – Aber daraus eine solche Schlussfolgerung zu ziehen verstehe ich nicht.

(B) Es geht um etwas anderes: Es geht doch darum, dass es heute eine solche Zunahme der Anzahl von **chronischen Komplexkrankheiten** gibt, dass unser traditionelles kuratives System an Grenzen stößt. Also muss man in der Gesundheitspolitik zu anderen Mechanismen kommen, die sehr viel früher einsetzen, die sozusagen die Krankheit vor der Krankheit verhindern. Frau Sehn, ich kann Sie überhaupt nicht verstehen. Sie sprechen bei jeder Gelegenheit von **individueller Verantwortung**. Vorsorge ist ein klassischer Bereich individueller Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Herr Kollege Müller, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage von Frau Sehn?

**Michael Müller** (Düsseldorf) (SPD): Ja.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Bitte schön, Frau Sehn.

**Marita Sehn** (F.D.P.): Herr Kollege Müller, es freut mich sehr, dass wir beide Nichtraucher sind. Ich möchte Ihnen eigentlich nur sagen, was für mich Eigenverantwortung der Menschen bedeutet, gerade wenn man um die Risiken einer Sache weiß. Ich glaube, Sie haben meine Frage eben nicht so recht verstanden. Vielleicht sollten wir darüber nach dem Plenum unter vier Augen weiterprechen.

**Michael Müller** (Düsseldorf) (SPD): Ich glaube schon, dass ich Ihre Frage verstanden habe. Mir ist klar, dass keine Industriegesellschaft ohne Risiko auskommt. Aber die Kernaufgabe der Politik besteht darin, **Risiken** so gering wie möglich zu halten. Insofern habe ich Ihre Frage sehr wohl verstanden. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube nur, dass die von Ihnen aufgebaute Argumentation, Vorsorge sei Hysterie und daher ein Überziehen, falsch ist.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Nein!)

– Doch, das haben Sie vorhin gesagt.

(Marita Sehn [F.D.P.]: Sie haben zu viel geschrieben während meiner Rede!)

Zu einer modernen Umweltpolitik gehört – genauso wie zu einer modernen Gesundheitspolitik –, so viel wie möglich dafür zu tun, dass Schäden gar nicht erst eintreten. Das ist der eigentliche Kern von Umwelt- und Gesundheitspolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch aus einem anderen Grund ist es für mich sehr wichtig, den Vorbeuge- und Vorsorge-Gedanken zu stärken. Laut einer Erhebung aus den USA hat sich, seitdem es Informationssysteme gibt, mit denen man gesundheitspolitische Fragen über das Internet direkt abrufen kann, in den letzten drei Jahren die Anzahl der Patientennachfragen pro Jahr verzehnfacht. Das heißt, wir erleben eine Veränderung im Verhältnis zwischen Gesundheitsberatung und Patient. Das ist ein weiterer Grund, warum wir politische Weichen stellen müssen, damit kein Schindluder getrieben wird. Mir ist sehr wohl klar, dass dies in diesem Zusammenhang geschehen kann. Gerade deshalb haben wir die Pflicht, durch Umsteuern im Gesundheitssystem einen vernünftigen Rahmen zu setzen. Darum geht es. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin 1983 in den Bundestag gekommen. Eine meiner ersten Aktivitäten bestand darin, seit 1985 Anfragen zum Thema **Allergie** zu stellen. Ich kann Ihnen hier ein Lied davon singen, wie sehr man damals als Außenseiter und Spinner abgetan worden ist. Seinerzeit sagte man, die Leiden seien genetisch bedingt. Heute würde das niemand mehr behaupten. Hätte man früher darauf geachtet, dann hätten wir vielen Entwicklungen eher gegensteuern können, als es heute der Fall ist. Nach einer Schätzung des Düsseldorfer Instituts Med-Plus leiden 25 Millionen Bundesbürger an **chronischen umweltbedingten Krankheiten**. Das ist mittlerweile eine dramatische Zahl. Selbst die Betriebskrankenkassen beziffern die Zahl der an Allergien Erkrankten auf 14,3 Millionen. Das sind Alarmsignale, zumal solche chronischen Krankheiten oftmals Türöffner für schwerwiegendere Erkrankungen sind, die das Gesundheitssystem sehr teuer zu stehen kommen und

Michael Müller (Düsseldorf)

- (A) überdies viel menschliches Leid hervorrufen. Wer das nicht will, muss früher, also präventiv ansetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Insoweit gibt es zwischen der Debatte über BSE und dem jetzt von uns diskutierten Thema sehr wohl einige Zusammenhänge. Bei allen diesen Fragen ist es in einer hochkomplexen Industriegesellschaft mit sehr verfestigten Standesorganisationen unglaublich schwierig, die Strukturen zu verändern und umzusteuern. Wir haben lange Zeit erlebt, wie auch die traditionellen Organisationen im Gesundheitssystem alles abgetan haben, was mit dem Thema „umweltbedingte Krankheiten“ zu tun gehabt hat. Wir haben vor einer solchen Sichtweise gewarnt, denn sie ist falsch. Man muss beim Entstehen von Krankheiten nicht nur den Ausbruch der Krankheiten, sondern auch das soziale und ökologische Umfeld sehen. Es ist immer eine Vielzahl von Faktoren für Krankheiten verantwortlich. Das hat nun das Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen sehr präzise und auch sehr überzeugend herausgearbeitet.

Deshalb haben wir hier die Chance, in einer wichtigen Frage ein Stück voranzukommen, bei der wir immer deutlicher die Grenzen des traditionellen Gesundheitssystems sehen, das nämlich erst dann einsetzt, wenn Krankheiten ausgebrochen sind. Vor allem sehe ich die **Verschlechterung des Immunstatus** bei einem großen Teil der Bevölkerung mit Sorge. Der Hinweis auf die Verschlechterung des Immunsystems ist ein Zeichen dafür, dass sich die Gesundheit des Menschen insgesamt verschlechtert oder

- (B) dass die Menschen immer häufiger zwar nicht krank, aber auch nicht richtig gesund sind. Deshalb ist ein Umsteuern auf eine Stärkung der Körperabwehr und auf vorsorgende und vorbeugende Maßnahmen die richtige Antwort, übrigens auch langfristig für die Verbesserung der Innovationsfähigkeit unseres Gesundheitssystems. Das rein kurative System gerät an Grenzen. In Zukunft wird es sehr viel stärker um Gesundheitsförderung gehen. Das ist jedenfalls unser Ansatz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich sage das übrigens auch aus einem anderen Grund, der mir ebenfalls Sorgen bereitet: Die Zahl der Menschen, die angeblich „austherapiert“ sind, denen man im Rahmen des kurativen Systems nicht mehr helfen kann, wird mittlerweile auf fast 2 Millionen geschätzt. Das bedeutet viel menschliches Leid, das nicht zu akzeptieren ist. Auch deshalb brauchen wir hier sehr viel früher ansetzende Hilfen.

Meine Damen und Herren, die Diskussion über Umwelt und Gesundheit bietet die Chance, in einem auch volkswirtschaftlich sehr wichtigen Sektor frühzeitig Innovationen anzuregen und Modernisierungsprozesse in Richtung auf eine Verbindung von **moderner Wissenschaft** und, wie ich es nennen würde, **fürsorglicher Medizin** einzuleiten. Diese Verbindung scheint mir sehr zukunftsfähig zu sein. Ich glaube nicht, dass die Zukunft im Einkauf von immer weiteren hoch komplizierten Medizintechniken liegt. Es wird nur ein Schuh daraus, wenn

- wir Medizintechniken mit fürsorglichen, ganzheitlichen Systemen verbinden. Dies ist High-Tech und High-Care. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Daher bitte ich darum, dass wir vor dem Hintergrund der Diskussionen der letzten 15 bis 18 Jahre, in denen wir auf diesem Feld leider nur wenig vorangekommen sind

(Dr. Dieter Thomae [F.D.P.]: Na, na!)

– doch, das ist so –, diese Debatte als Chance begreifen, auch als Chance für mehr Arbeitsschutz, für mehr Umweltschutz,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

für eine Verbindung von moderner Wissenschaft und Umweltpolitik, für eine Verbesserung der Ausbildung in der Umweltmedizin usw. Ferner sollten wir aufhören, bestimmte Krankheiten nur deswegen, weil sie anders und schwer zu fassen sind, gleich in die Ecke des Spinnertums zu stellen, wie es beispielsweise bei MCS getan wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es ist ein ernsthaftes Problem. Wir müssen uns auch ernsthaft mit diesen Fragen auseinander setzen.

Die Zukunft liegt in der Chance, Gesundheit zu fördern. Sollten wir das gemeinsam tun, haben wir auch die Lektion BSE begriffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

(D)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 5 a, der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf Drucksache 14/3712.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Annahme des Antrags der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 14/2767 mit dem Titel: Umwelt und Gesundheit.

Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PDS gegen die Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss in Kenntnis des Sondergutachtens des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen mit dem Titel „Umwelt und Gesundheit – Risiken richtig einschätzen“ – Drucksache 14/2300 –, den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/2771 (neu) zu diesem Sondergutachten abzulehnen.

Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PDS gegen die Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe c, in Kenntnis des Berichts gemäß § 56 a der Geschäftsordnung auf Drucksache 14/2848 mit dem Titel: Technikfolgenabschätzung – hier: „Umwelt und Gesundheit“ die Annahme einer Entschließung.

Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der PDS und der F.D.P. bei Enthaltung der CDU/CSU angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 5 b. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 14/4710 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 24 a bis c auf:

#### Überweisungen im vereinfachten Verfahren

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (**Altersvermögensgesetz – AVmG**)

– Drucksache 14/5068 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung (f)  
Innenausschuss  
Rechtsausschuss

(B)

Finanzausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Gesundheit  
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen  
Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder  
Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

- b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung**

– Drucksache 14/5011 –

Überweisungsvorschlag:  
Rechtsausschuss (f)  
Innenausschuss  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- c) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung**

– Drucksache 14/5012 –

Überweisungsvorschlag:  
Rechtsausschuss (f)  
Innenausschuss  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

(C)

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 5 auf:

#### Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion der PDS

#### Haltung der Bundesregierung zur Verwendung uranhaltiger Munition im Rahmen von NATO-Kampfeinsätzen

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner und Antragsteller hat der Kollege Roland Claus von der PDS-Fraktion das Wort.

**Roland Claus (PDS):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Vorfeld dieser aktuellen Debatte wurden wir gefragt, was die Fraktion der PDS wohl mit dieser Debatte bezweckt. Ich will Ihnen das beantworten.

Wir wollen ausdrücklich die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Wirkungen von uranhaltiger Munition. Wir wollen, dass über dieses Thema nicht nur in nicht öffentlichen und von Militärs dominierten Beratungen verhandelt wird. Es geht uns ausdrücklich auch um die damit verbundenen Wirkungen und Gefährdungen für die Zivilbevölkerung und die Soldaten.

(D)

(Beifall bei der PDS)

Es ist deshalb notwendig, das hier zu sagen, weil zivile Opfer in der Logik von Militärs leider oftmals gar nicht vorkommen.

Wir wollen wissen: Wurden diese Gefährdungen durch uranhaltige Munition in Verantwortung dieser Bundesregierung wissentlich in Kauf genommen? Ich denke, es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass die PDS-Fraktion dazu seit langem eine Reihe von Anfragen an die Bundesregierung gerichtet hat. Wir haben dieses Thema also nicht erst gestern entdeckt. Diese Anfragen und die entsprechenden Antworten waren auch einige der Quellen von Veröffentlichungen.

Sie werden nun sagen: Aufklärung wollen alle. Das geht ja auch in Ordnung. Wir unterstellen Ihnen nicht, dass Sie das nicht wollten. Insofern sollten auch Sie uns nicht unterstellen, dass wir daran kein Interesse hätten. Im Übrigen denke ich, dass für die Sparte Legenden und Mythen – ich erinnere Sie nur an Racak und den Hufeisenplan – andere zuständig sind.

(Beifall bei der PDS)

Wenn Sie uns allerdings unterstellen, dass die PDS mehr will als die Aufklärung in Einzelfragen, dann kann ich Ihnen dazu nur sagen: Damit liegen Sie aus-